

# Vergabe ohne politische Hintergedanken

SPD-Ratsfraktion weist anonymen „Kungelei“-Vorwurf zurück / Kommunalaufsicht soll FDP-Beschwerde abgewiesen haben

Von Kai Koppe

**CUXHAVEN.** Die SPD-Ratsfraktion weist Kritik zurück, die im Zusammenhang mit der Vergabe eines Pachtvertrags für die Strandgastronomie in der Grimmershörnbucht laut geworden ist. Im Kern geht es um einen (anonym geäußerten) Vorwurf, dass das Verfahren „alles andere als korrekt“ gelaufen sei. Gegen die Vergabe hatte zunächst die FDP Beschwerde eingelegt. Letztere wurde von der Kommunalaufsicht aber zurückgewiesen.

Den Sozialdemokraten geht es aktuell weniger um besagten FDP-Vorstoß als um die „im Schutze der Anonymität“ erhobenen Bezeichnungen. Darauf reagierend machte der SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Gunnar Wegener am Montag deutlich, dass die Vergabe nicht etwa in irgendwelchen politischen Hinterzimmern stattgefunden habe, sondern in einem ordentlichen, rechtmäßigen Verfahren erfolgt sei. Der Vorwurf politischer Vetternwirtschaft (im Brief war von „Klüngel“ die Rede) ist aus Wegeners Sicht allein deshalb nicht haltbar, weil dem in der Angelegenheit entscheidenden Verwaltungsausschuss (VA) nicht allein SPD-Vertreter angehören, sondern auch die derzeitige Rats-Opposition in Gestalt der drei Sitze haltenden CDU. „Und wie sich ja inzwischen herumgesprochen hat“, so fügte Wegener hinzu „hat der VA, was die Vergabe in der Bucht angeht einstimmig entschieden.“

Spekulationen, dass die mutmaßliche politische Couleur des jeweiligen Bewerbers in der Zuschlagsfrage eine Rolle gespielt haben könnte, straft aus Wegeners Sicht allein schon die Tatsache Lügen, dass ein SPD-naher Bewerber (der bisherige „Strandbar“-Pächter Christian Marinello) bei der aktuellen Vergabe nicht zum Zuge gekommen ist. „Wenn



ein Gastronom, der Christdemokrat ist, ein gutes Angebot für die Bucht gemacht hätte, hätte ich dem auch zugestimmt“, betonte Wegener, für den es in diesem Zusammenhang nicht um Parteipolitik geht, sondern darum, in Grimmershörn eine längerfristige (der Pachtvertrag ist auf zehn Jahre ausgelegt) Lösung, und keine Eintagsfliege zu schaffen.

## „Pächter nicht überfordern“

Dazu, so der Sozialdemokrat, sei es jedoch nötig, dass die Pachthöhe den künftigen Bucht-Gastronomen nicht überfordern dürfte – in dem Sinne, dass es jenem möglich sein müsse, die Miete innerhalb der kurzen, von April bis Oktober reichenden Öffnungszeiten zu erwirtschaften. Und das selbst in Jahren, in denen das Saisongeschäft bedingt durch Schlechtwet-

terphasen eher durchwachsen ausfalle. Die Grimmershörnbucht-Rechnung geht nach Wegeners Auffassung außerdem auch nur dann auf, wenn das dortige gastronomische Angebot von der ansässigen Zielgruppe goutiert wird. „Weiße Tischdecken“ und ein damit verbundenes Preisniveau, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende, um ein Beispiel zu geben, entsprächen nicht der Erwartungshaltung der meisten Strandkorbbesitzer. Entsprechend fraglich sei deshalb die Durchsetzungsfähigkeit eines solchen Angebots. „Was hab ich davon, wenn ich einmal 20 000 Euro an Pacht bekomme, aber das ist es dann möglicherweise auch schon gewesen?!“, verteidigte der Ratsherr die Entscheidung des VA, der nicht zugunsten des höchstbietenden Bewerbers votiert, sondern ein Konzept ausge-

wählt hatte, das die Stimmberechtigten mit Blick auf das spezifische Umfeld für geeignet hielten.

## Aus FDP-Sicht bleiben Fragen

Die FDP-Ratsfraktion beharrt allerdings auf dem Vorwurf, dass das Entscheidungsgremium grundlos auf eine Möglichkeit verzichtet habe, die kommunale Einnahmesituation zu verbessern. „Uns geht es nicht um den Gastronomen, es geht uns allein ums Geld, das man sich durch die Lappen gehen lässt“, betonte Fraktionschef Günter Wichert und sprach dabei von einem (auf zehn Jahre hochgerechneten) Betrag von 330 000 Euro. Diese Summe „liegenzulassen“, widerspricht aus Sicht der Liberalen dem zwischen Stadt und Land geschlossenen Entschuldungsvertrag – weswegen Wichert bereits vor einigen

Wochen die im Innenministerium sitzende Kommunalaufsicht eingeschaltet hatte. In Hannover wurde die FDP-Beschwerde zurückgewiesen: Die vom Verwaltungsausschuss getroffene Vergabeentscheidung verstoße nicht gegen die Stabilisierungsvereinbarung. Begründung: In Haushaltsfragen seien die Stadt und ihre Tochtergesellschaft Nordseeheilbad GmbH (NC) nur über Ausgleichszahlungen verbunden, welche die Stadt für von der NC übernommene Aufgaben überweise. Beim Thema Pachteinahmen sei die Stadt hingegen außen vor, deren Höhe wirke sich nicht direkt auf den städtischen Haushalt aus. Aus FDP-Sicht ist diese Erklärung ein wenig zu einfach: „Mit dieser Antwort gebe ich mich nicht zufrieden“, sagte Wichert gegenüber unserer Redaktion.

Nach Auffassung der SPD-Ratsfraktion hat ein Gastronomie-Angebot in der Grimmershörnbucht nur Aussicht auf dauerhaften Erfolg, wenn es in gewisser Hinsicht „bodenständig“ bleibt und den Erwartungen der dortigen Gäste entspricht.

Foto: Koppe